

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißhinder) und Stukaateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jedes Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zulassung unter Kreuzband M. 1,40.

Verausgeber: Joh. Stanzig, verantwortl. Redakteur: F. Vaeplow,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Beirats-Anzeigen  
für die dreigespaltene Beiratszeile oder deren Raum 30 A.  
Zeltungs-Preisliste Nr. 8888.

Inhalt: Klerikalismus und Arbeiterorganisation. —  
Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen,  
Differenzen, Versammlungen und sonstige Bewegung. —  
Streikfeste, Grundstein zur Einigkeit. — Vom Bau: Unfälle,  
Arbeiterclub, Submissions etc. — Aus anderen Berufen: —  
Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Politik  
und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. —  
Streikabrechnung. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer.  
— Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

## Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen be-  
richtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern  
ist fernzuhalten:

### Deutschland:

**Schleswig-Holstein:**  
Lübeck (Sperrung über Stölling), Heidekendorf (Sperrung  
über Schützchen);

**Mecklenburg:**  
Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer aus-  
gesperrt), Waren (Sperrung über Gerber & Sohn),  
Neukloster (Sperrung über Eickelberg), Schwerin  
(Sperrung über Stange);

**Prov. Brandenburg:**  
Spandau (Sperrung über Hanne), Tegel (Sperrung über  
Valting, Brunow- und Schlieperstraße, wegen  
Akkordarbeit), Potsdam (Differenzen), Buckow  
(Sperrung über Mielecke), Lübbow (Streik);

**Pommern:**  
Swinemünde-Ahbeck-Beringsdorf (Maurerstreik),  
Bahr (Sperrung über Kohlhoff);

**Prov. Posen:**  
Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer aus-  
gesperrt);

**Schlesien:**  
Oblau (Differenzen), Breslau (Sperrung über Baum-  
gart wegen Maßregelung);

**Prov. Sachsen und Anhalt:**  
Barby (Ausperrung der Maurer), Trebitz a. d. E.  
(Sperrung über Eitzner in Schnellin), Dessau  
(Streik), Oalbe a. d. S. (Sperrung über Triebel),  
Nordhausen (Sperrung über Steinicke wegen Maß-  
regelung);

**Sa.-Altenburg:**  
Eisenberg (Differenzen infolge Maßregelungen);

**Königl. Sachsen:**  
Tautsch (Sperrung über den Unternehmer Sperling),  
Leipzig (Sperren über die Bahnhofsarbeiten des  
Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle,  
Bernsd aus Dresden und Marien in Leipzig),  
Stroneitz b. Meissen (Differenzen);

**Westfalen:**  
Hagen (Sperrung über Gärtner);

**Rheinprovinz:**  
Greifeld, Oberhausen, Solingen (partielle Streiks),  
Wermelskirchen (Sperrung über Hussell), Marzahn  
(Sperrung über Gehring aus Oberhausen);

**Hessen:**  
Cassel (Ausperrung sämtlicher Bauarbeiter).

## Klerikalismus und Arbeiterorganisation.

Kritik und Antikritik.

III.

Unsere Widersacher im ultramontanen Lager müssen  
uns schon gestatten, daß wir mit der christlichen Arbeiter-  
organisation und deren Tendenzen uns noch etwas  
gründlicher befassen, als es in unseren geküßten und  
unsonig angegriffenen Artikeln geschah.

Der Klerikalismus ist stets darauf bedacht gewesen,  
die Massen der Arbeitenden unter dem Vorwande,  
„berufen“ zu sein, ihnen Fürsorge angedeihen zu lassen,  
an sich zu fesseln, sie zu bevormunden, seinen Interessen  
dienlich zu machen. Ursprünglich war „Mutter Kirche“  
im Bunde mit der weltlichen Macht der Koalition

des Handwerks, welche die Befreiung des Handwerks  
vom Feudalismus anstrebte, grimmig feind. Wie die  
weltliche Macht, so verbot auch sie die Bruderschaften  
der Handwerker; sie machte ihr „Recht“ auf Ausbeutung  
unfreier Handwerker nicht minder rücksichtslos geltend,  
als das weltliche und konfessionelle Herrcentum.  
So ging es vom 8. bis zum 13. Jahrhundert.

Später, als das Handwerk in dem Kampf mit dem  
weltlichen und geistlichen Herrcentum siegt und sich  
feste zünftlerische Organisationen geschaffen hatte, nahm  
Mutter Kirche dieselben in ihre heilige Obhut. Es machte  
sich im alten Junktweesen ein hohes Maß theo-  
logischer Dressur geltend. „Streng christlich“  
sollten die Zünfte sein, d. h. ergeben dem Dienste der  
Kirche. Bis zur Reformationszeit waren sie ganz all-  
gemein auch auf die „religiöse Erziehung“ ihrer Mit-  
glieder bedacht. Sie beteiligten sich in corpore an  
kirchlichen Professionen und rüsteten sich zu diesem  
Zwecke auf gemeinschaftliche Kosten mit Fahnen und  
Standarten aus; sie unterhielten gemeinsam Lichter auf  
Altären in Kirchen und Kapellen und stellten wohl gar  
selbst einen Altar; sie verlangten von allen Genossen,  
daß sie zu bestimmten Festen beim Gottesdienst er-  
wiesend waren. Unter Anleitung der Geistlichkeit er-  
zogen die Zünfte sich sogenannte „Schuhheilige“.

Nach der Reformation und entsprechend dem Zerfall  
der Zünfte nahm auch dieses Verhältnis ein Ende.  
Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise  
schwächte den Einfluß der Kirche auf die handwerkliche  
Arbeiterklasse immer mehr, zumal Mutter Kirche sich  
gar trefflich darauf verstand, mit dem Kapitalismus zu  
paktieren. Der Klerikalismus in Deutschland hatte  
nichts dagegen einzuwenden, daß sich — besonders im  
rheinischen Gebiete in der Textilindustrie — ein  
schamloses kapitalistisches Ausbeutungssystem ausgestaltete,  
von einer die Volkskraft so furchtbar verwüstenden  
Wirkung, daß Ende der zwanziger Jahre des vorigen  
Jahrhunderts jenes Gebiet nicht mehr im Stande war,  
die genügende Zahl zum Militärdienst tauglicher junger  
Männer zu liefern. Es mußten dort nicht selten  
Kinder vierzehn Stunden und länger täglich in Fa-  
briken, in Bergwerken etc. arbeiten für zwei Groschen.  
Diese Zustände sind damals im militärischen Inter-  
esse festgehalten worden. Uns ist nicht bekannt geworden,  
daß „Mutter Kirche“ Stellung genommen hätte gegen  
die Mißhandlung der Arbeiter durch das Kapital.

Dann aber kam die Zeit, wo der Arbeiterklasse  
„Gefahr drohte“, vom gottlosen Liberalismus der  
Kirche entfremdet zu werden. — die Zeit der revolu-  
tionären Bewegungen. In Frankreich (Jpon  
1831 und 1834) hatten gequälte Arbeiter — und zwar  
katholisch erzogene Arbeiter — unter der Parole  
„arbeiten leben oder kämpfend sterben“ ge-  
waltfam den Kapitalismus angegriffen. In England  
hatte sich bald darauf die großartige Bewegung der  
Chartisten gebildet. Und in der Folge machten sich  
alsbald in der deutschen Arbeiterklasse, unter den  
Handwerksgesellen, demokratische und sozialistische  
Ideen sowie eine starke Opposition gegen die kirchliche  
Macht bemerkbar. Der Schneidergeselle Wilhelm  
Wettling hatte seinen utopistischen Sozialismus ge-  
predigt und hier und da kommunistische Vereine ge-  
gründet. Verhältnismäßig stark hatten sich die kommu-  
nistischen Ideen im Rheinland bemerkbar gemacht.  
Die Arbeiterfrage trat auch in Deutschland immer  
mehr in die Erscheinung.

Dieser Frage zu begegnen, gründete die liberale  
Bourgeoisie im Jahre 1844 den „Zentralverein  
für das Wohl der arbeitenden Klassen“; Spar-  
samkeit, Unterstützungsvereine und Fortbildungsschulen  
sollten die Arbeiter „zufrieden“ machen.

Nicht lange, und der Klerikalismus kam hinter-  
drein. Aber nicht an die Massen der zum tiefsten  
Stande verurteilten Fabrikarbeiter wandte er sich,  
sondern an die Handwerksgesellen und zwar mit  
der Gründung von katholischen Gesellenvereinen.  
Die Handwerksgesellen waren weder geistig noch wirt-  
schaftlich so tief herabgedrückt wie die Fabrikarbeiter.  
Deshalb wurden sie in Rücksicht auf das Umfassen  
der revolutionären Geister mehr gesücht als diese,  
und zwar sowohl von der Bourgeoisie wie von der  
Mutter Kirche.

Vom Begründer der katholischen Gesellenvereine,  
Adolf Kolping (geb. 1813, gest. 1865) ist zu be-  
merken, daß derselbe, nachdem er das Schuhmacher-  
handwerk erlernt und eine Reihe von Jahren als  
Geselle ausgeübt hatte, 1845 Priester wurde. Bald  
danach gründete er in Elberfeld den ersten Gesellen-  
verein. Von diesem Manne sagt Bischof Reitzler: „  
Gott hat sich eines Gesellen bedient, um dieses  
Werk in Angriff zu nehmen, und nachdem er ihn in  
den Priesterstand erhoben, hat er den hochwürdigen  
Herrn Kolping, diesen alten Gesellen, zu einem wahren  
Vater des Gesellenstandes gemacht.“

Der Gesellenverein soll das ganze Leben der  
Handwerker umfassen. Als seine Ziele werden be-  
zeichnet: Anregung und Pflege eines tüchtigen religiösen  
Sinnes und Lebens; Verbreitung nützlicher Kenntnisse  
und Fertigkeiten in Verbindung mit geselliger Unter-  
haltung; Errichtung freiwilliger Hilfskassen, insbesondere  
Krankenkassen; Unterstützung zureichender und bedürftiger  
Gesellen in Form freier Gerberge und Beschäftigung.  
Ordnung der Mitglieder können nur ledige katholische  
Gesellen werden. Jeder Lokalverein hat eine aus  
Ehrentäglichen bestehende Vorstandschaft, an deren  
Spitze ein von ihr gewählter, vom Bischof bestätigter  
und durch diesen abgesetzter Präses, der nur ein  
katholischer Geistlicher sein darf.

Man kann davon absehen, daß damals ge-  
werkschaftliche Organisationen resp. Arbeiter-  
vereinigungen zu dem Zwecke, bessere Lohn- und  
Arbeitsbedingungen und Unternehmertum zu erkämpfen,  
nicht möglich waren, weil das Koalitionsrecht nicht  
bestand. Es genügt zu wissen, daß die Tendenz der  
Gesellenvereine von vornherein selbst gegen die Idee  
des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit gerichtet  
war. Die Verdrängung des Interessengegensatzes  
zwischen Kapital und Arbeit war grundsätzlich aus-  
geschlossen. Die Gesellenvereine sollten unter Benutzung  
gelegentlicher Hilfsleistung, wie sie früher in den  
Zünften geübt worden war, der „religiösen Er-  
ziehung“ dienen, d. h. den Handwerksgesellen  
der unbedingten Vormundschaft des Klerikalis-  
mus unterwerfen.

Dieser ihrer Aufgabe haben die Vereine denn auch  
stets konsequent entsprochen. Ihre geistlichen Leiter und  
kapitalistischen Freunde machten darüber, daß die Gesellen  
nicht die Veruchung anwandte, gegen ihre „Arbeits-  
herren“ Stellung zu nehmen. Und damit schon die  
Lehrlinge der „sozialen Erziehung im rechten Geiste“  
teilhaftig würden, gründete man für sie katholische  
Lehrlingsvereine. Natürlich mußten auch die Unter-  
nehmer zeigen, daß sie Wert legen auf solches Be-  
ginnen und so traten sie zu „katholischen Meister-  
vereinen“ zusammen, um Gesellen und Lehrlinge  
durch Unterordnung unter die Autorität der Geistlichkeit  
„ein gutes Beispiel“ zu geben.

Selbstverständlich wurde es stets als eine „moralische  
Pflicht“ der katholischen Arbeitgeber erachtet, ihre Ge-  
sellen und Lehrlinge zum Eintritt in die Gesellen- und  
Meistervereine zu bewegen.

\*) Reitzler: Die Arbeiterfrage und das Christen-  
tum. S. 111.

Beihilfsvereine zu „veranlassen“. Nichts leichter als das: die Beihilfsvereine wurden direkt zum Beitritt gezwungen, und an den Gesellen bewährte sich der „moralische“ Zwang. Unternehmertum und Geschäftlichkeit wirkten zusammen für die Erstarkung und Ausbreitung der Vereine. Aber niemals ist es ihnen gelungen, die Mehrheit der katholischen Handwerker-Gesellen für sie zu bekommen.

Von hierher ist die Rolle des West als gerühmt worden als die „im gewerblichen Leben rühmend-werteste und fruchtbarste soziale Tat innerhalb der katholischen Kirche Deutschlands“. Es wäre aber doch erst zu beweisen, daß diese Tat zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der katholischen Handwerker-Gesellen geführt hat. Wir sind überzeugt, daß dieser Beweis nicht erbracht werden kann. Nach unseren persönlichen Erfahrungen haben diese Handwerker-Gesellen stets das wirtschaftliche und soziale Los aller übrigen Arbeiter des Handwerks gefordert. Daß die katholischen Gesellenvereine später, nach Freigabe des Koalitionsrechts, entsprechend den Absichten ihrer geistlichen Leiter, dazu dienen sollten, die Arbeiter von ihrem berechtigten Interessentampfe gegen den Kapitalismus zurückzuhalten, werden wir im nächsten Artikel feststellen!

### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Wienburg in Westpr. (Telegramm.) Zugun fernhalten.

In Wromberg, wo die Unternehmer im Frühjahr dieses Jahres eine große Anzahl Italiener heranzöhlten, um deutsche Arbeiter zu ersetzen, verhalten sie jetzt noch immer, Mauerer aus der nähren und weiteren Angelegen nach Wromberg zu locken. Das Ziel der Unternehmer ist, den Wromberger Mauerern das Koalitionsrecht zu rauben. Was mit Hilfe der Italiener nicht erreicht wurde, soll mit Hilfe deutscher Streikbrecher durchgeführt werden. Da die Wromberger Kollegen nicht geneigt sind, sich die Freiheit der Unternehmer noch länger gefallen zu lassen, wird es wahrscheinlich in den nächsten Tagen zu einigen Ausperrungen kommen. Darum werden alle Kollegen erneut dringend ersucht, den Zugang von Wromberg fernzuhalten. Besonders ist es Pflicht der Wromberger Kollegen, daß sie Wromberg meiden. Ganz besonders werden die Kollegen auf den Agenten Krüger, der sich Geschäftsführer nennt, aufmerksam gemacht, da dieser in der Werbung für den Hauptling der Wromberger Edeurmacher, Mose, Mauerer sucht.

Aus dem Gau Esten wird uns geschrieben: Wahrscheinlich ein kleines Landstädtchen in Hinterpommern, im Kreisgrenzgebiet der Provinz, war am 12. Oktober in helle Aufregung versetzt. Die Mauerer hatten Lohnstreik getrieben, und das will in dieser Gegend etwas bedeuten. Ja, noch mehr. In Marienau, einem Gut in der Nähe, haben auch die Landarbeiter die Arbeit eingestellt. Sie wollen im Oktober noch 2 den Tag verdienen. Man denke, im Oktober bei täglich zehn Stunden Arbeit. Als wenn es nicht übergenug an Großmut wäre, wenn der Gutsherr ihnen 1,50 den Tag zahlt. Am 14. Oktober eilte dann die ganze betroffene Stadt von Bahn an den gefährdeten Punkt und Marienau war gerettet. Die Lohnbewegung wird enden wie immer; die größten Schreier kommen ins Loch, die Wohlhabenden werden abgemildert und alles, alles ist in Wohl aber die Mauerer in Wahn mollen noch mehr als 2 pro Tag. Sie haben im Juni 1892 Anschluß an den Zentralverband der Mauerer Deutschlands gesucht und im Herbst desselben Jahres eine Forderung gestellt auf 30 3 pro Stunde und wöchentliche Lohnzahlung. Ja, auch von einem Logis war damit die Rede. Nicht mehr die Schlichter bei Ueberlandarbeit mit dem Vieh zu teilen war der Wunsch der Mauerer. Und Wunsch ist es geblieben. Wegen der schlechten Konjunktur einigte man sich mit den Meistern auf 27,5 3 pro Stunde. Die wöchentliche Lohnzahlung gewöhnte ihnen der Unternehmer E. Knochhoff ab. „Bei wem ich so oft mit Geld, bei wem noch bloß bernachst.“ Fertiger war die Sache. Damit auch niemand durch den Gang des Geldes geblendet wird, drückt der Unternehmer es jedem Arbeiter verloschen in die Hand. Und so schneidet man sich den Sommer durch. Die Arbeitszeit wird kürzer, und zwar um eine Stunde täglich. Das war von alterher Grund genug für jeden Arbeiter, im Krüben zu sitzen. Auch hier wurden für die eine Stunde weniger Arbeit gleich 50 3 abgezogen. Der Unternehmer ist ein alter Mann, wie man so sagt, von altem Schrot und Korn. Er gibt unumwunden zu, im Frühjahr 27,5 3 pro Stunde bewilligt zu haben. Das war aber auch im Frühjahr, und jetzt ist es Herbst! Wort halten soll eine Tugend sein, und Herr Knochhoff scheint für solche Tugend wenig eingenommen zu sein. Am 12. Oktober wird der alte Mann nun morgens aus dem Schlaf gerüttelt; die Mauerer wollen wissen, ob er sein Wort halten will oder nicht. „Wem es nicht gefällt, der ist entlassen“, brummt der Herr. Am 13. Oktober leistet er sich folgende Postkarte an den bei ihm vorzüglich gewordenen Kollegen:

Bahn, 18. 10. 03.

Hierdurch teile ich mit, daß die Mauerer-Gesellen auf den Bauten bei Kreuz und Sanft hier sämtlich von mir entlassen sind, es kann daher von einem etwaigen Streit keine Rede sein. Etwaige Unterhandlungen sind also ausgeschlossen.

Ergebnis  
E. Knochhoff, Mauerermeister.

Am 14. Oktober ist er schon etwas gemüthlicher; aber mit dem Einlösen seines Wortes hat es gute Bege. Siebzehn Kollegen müssen feiern. Alter Mann, nehmen Sie mal Verzicht an, das Haus des Kaufmannes Kreuz, Ihres Schwiegeronkels, ist noch kaum im Aufbau. Soll denn nun der ganze Streik den Winter hindurch in allen möglichen Ecken untergebracht werden? Ist es anständig, ist es mit den guten Sitten vereinbar, 14 verheiratete Mauerer, die 21 Kinder zu ernähren haben, mit solchem Hungerlohn

abzusperrt? Haben Sie das Recht, auf die Frauen- und Kinderarbeit unserer Kollegen pochen, alle Winter joch erdärmlichen Lohn zu zahlen? Im November sinkt derselbe auf 1,75 pro Tag. Es war ja so von alterher. Ganz in der Ordnung finden es die Bäcker. Man verachtet einige alte Kollegen aus den Kreiergebietern herauszubringen, alle Kollegen aus den Kreiergebietern sehr häufig. Von annähernd 200 sind es nur 57, die es wagen, auch in der Seimarbeit für Verbesserungen einzutreten. In den Großstädten nehmen auch die übrigen den Mund voll. In Hause aber, nur nicht daran denken! Man geht im Winter auf die Güter oder ins Holz und ist auch dort Unfällen ausgesetzt. Jeden Winter flog einem Kollegen ein Ast ins Auge. Die Schraft beider Augen ist nun trotz sorgfältiger Behandlung verloren. An Stelle erhält der Kollege A. 105,00 pro Jahr von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Doch die Spießbürger können ruhig schlafen; so lange so wenige Kollegen sich auf ihre Pflichten besinnen, da wird auch diese Bewegung ebenso enden wie die in Marienau. Alles, alles ist in Wohl!

**Gau Bremen.** Die Aussperrungsmut der Unternehmer im Baugewerbe scheint auch im Gau Bremen zu einer Epidemie werden zu wollen. Nachdem die Aussperrung der Bauarbeiter in Wilhelmshaven, wozur 240 Mauerer in Mittelbesatz gezogen waren, eben beendet ist, kommt es Emden in die Runde, daß die Firma G. O. W. S. & S. J. S. ihre sämtlichen Mauerer und Bauarbeiter, 80 an der Zahl, am Freitag ausgesperrt hat. Es soll dort eine grenzenlose Treiberei seitens der Unternehmer stattgefunden haben, so daß den Arbeitern endlich der Gesundheitszustand räumte. Statt dem berechtigten Wunsch nach besserer Behandlung rauszugehen, erklärten die Unternehmer einfach, wer nicht arbeiten wolle, könne ja gehen. Als nun einige Mauerer und Bauarbeiter sich anboten, zu gehen, sperrten die Unternehmer einfach alle am Bau beschäftigten Arbeiter aus. Aber schon am Sonnabend hatten sich die Herren Unternehmer eines Besseren bedonnen. Da der von Wilhelmshaven erhobte Ertrag ausblieb, schien es ihnen ratsam zu sein, die Differenzen wieder auszugleichen. Abends fand eine Verhandlung zwischen beiden Parteien statt. Die Unternehmer erklärten sich bereit, die Aussperrung zurück zu nehmen und sagten eine bessere Behandlung zu, auch sollen die Nichtorganisierten möglichst auf einem anderen Bau untergebracht werden; gleichzeitig soll, um für spätere Zeiten bereitwilligen Differenzen ein für allemal aus dem Wege zu gehen, eine aus beiden Parteien bestehende Kommission gewählt werden, die alle beratigen Fälle zu prüfen hat. Da hier in Emden gegenwärtig eine real rege Bautätigkeit vorhanden ist und die Mauerer schon im Frühjahr an die Unternehmer herangetreten sind, um eine Erhöhung des Stundenlohns von 45 auf 47 3 zu fordern, die Durchführung aber verhaschen müßten, so soll sich Mittwoch, den 21. Oktober, eine Versammlung der Mauerer und Bauarbeiter mit dieser Frage beschäftigen. Hoffentlich gelingt es, für beide Gewerkschaften eine Lösung herauszufinden.

**In Elze (Hannover)** sind zwischen den Mauerern und dem Unternehmer V. P. L. e. - Hannover Differenzen entstanden. Es wird gebeten, den Zugang nach Elze fernzuhalten.

**In Cassel** haben am Montag dieser Woche nochmals Unterhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer wollen 50 3 Stundenlohn von 1. Juli n. J. ab zahlen. Mauerer erheben die Mauerer 45 3. Unsere Kollegen werden sich im Laufe dieser Woche mit dem Angebot der Unternehmer beschäftigen. Vorläufig ist der Zugang noch wie vor fernzuhalten.

**Zu der Sperrung über die Firma Steine & Co. in Nordhausen** wird uns berichtet: Die Firma hat von der Eisenbahndirektion den Bau eines Wohnhauses an der Leanderstraße übernommen, das am 16. Dezember d. J. im Rohbau fertiggestellt sein soll. Am 15. Dezember in genügender Anzahl zu bekommen, um eine Ausnahme treffen zu können, ließ die Firma in allen Zeitungen durch Inserate die Meldeanmeldung rufen. Sobald sie die genügende Zahl Mauerer bekommen hatte, wurden diese auf ihre Leistungsfähigkeit geprüft und die Entlohnungen nach dem ersten Anfang. Um hierin durch nichts behindert zu sein, wurden eines Tages drei Kollegen in die Wude gerufen, um ein Schriftstück zu unterzeichnen, wodurch die Anbahnungsbefristung beiderseitig ausgeschrieben sein sollte. Kommt war das Schriftstück unterzeichnet, als auch wieder Entlohnungen in größerer Zahl folgten. Als hierauf in die Arbeit verhaschenen Kollegen bei der Firma vorstellig wurden und die Wiederentlohnung der Entlohnungen forderten, wurde ihnen erklärt, sie könnten ebenfalls gehen, denn die Firma habe noch Mauerer in genügender Zahl in petto, die ebenfalls arbeitsfähig wären. Hieran legten alle Kollegen die Arbeit nieder.

**In Calbe a. d. S.** scheinen die Unternehmer ein gebührendes Abkommen getroffen zu haben, unsere Organisation zu Grunde zu richten. Sie glauben dies dadurch bemerkenswerten zu können, daß sie den Vorständen unserer Zweigvereine nachregeln. Um dieser „einen“ Kampfesweise zu begegnen, ist zunächst über das Geschäft des Unternehmens T. r. i. e. b. e. l. die Sperrung verhängt worden. Von T. r. i. e. b. e. l. der Vereinsvorsitzende, Kollege Ritter, ohne plausiblen Grund entlassen worden. Wenn diese Kampfesweise der Unternehmer um sich greift, dann wird den Mauerern nichts anderes übrig bleiben, als gelegentlich den Spieß umzudrehen und die Unternehmerorganisation, gleichviel welcher Gestalt, anzugreifen.

**In Wargh,** wo die Mauerer und Zimmerer wegen ihrer Verbandsmittellosigkeit ausgesperrt wurden, kommt für uns vorläufig nur der Unternehmer F. r. i. e. g. e. in Betracht, da die übrigen Unternehmer keine Arbeit haben. F. r. i. e. g. e. beschäftigt Bauarbeiter, die ihren Verbände angehören; er fragt auch zureisende Mauerer, die um Arbeit nachfragen, nicht nach der etwaigen Verbandsmittellosigkeit, sondern nur die Wargher Verbandsmittellosigkeit weist er brüst zurück. Leider hat der Unternehmer einige Mauerer gefangen. Hoffentlich kann er aber doch bald gezwungen werden, seinen Standpunkt zu revidieren.

### Versammlungen und sonstige Bewegung.

#### Gau Köln.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande berufen wir die diesjährige Gaukonferenz auf Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, nach Köln, in das Lokal des Herrn Nibelbach, Gereonswall 4, ein. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr. 2. Agitation und Lohn-

bewegung. 3. Anträge aus den Zweigvereinen. 4. Neuwahl des Gauvorstandes.

Wir ersuchen die Zweigvereine, rechtzeitig die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Laut-Regulativ findet der Wahl der Delegierten in geheimer Abstimmung statt. Zweigvereine bis zu 150 Mitgliedern wählen einen, bis zu 600 Mitgliedern zwei Delegierte und für jede weiteren 600 Mitglieder einen Delegierten mehr. Die Kosten tragen die Zweigvereine selbst. Jeder Zweigverein ist zur Teilnahme an der Konferenz verpflichtet. Köln. Kollegen, kemptlich an weißen Schleifen, sind zum Empfang der Delegierten am Hauptbahnhof anzuwenden.

Der Vorstand.

J. A.: Ernst Muth, Perlengraben 20.

#### Gau Magdeburg.

Sonntag, den 11. d. M., tagte in Mansfeld in den gastlichen Räumen des Vereins-Restaurant eine Konferenz der Zweigvereine des Gaukreises. Die Tagesordnung wies drei Punkte auf: Berichte der Delegierten, Agitation und Lohnbewegung. Einleitend zu der Konferenz waren an 15 Zweigvereine ergangen, von denen jedoch sieben, darunter einige in unmittelbarer Nähe gelegene Orte (Derenburg und Thale), nicht vertreten waren. Mit Recht wurde diese Sammelstelle von dem Gauvorsitzenden scharf gerügt. Vertreter hatten gefehlt: Halberstadt, Duedlinburg, Mansfeld, Diederichsen, Egeln, Schwanebeck, Habmersleben und Nimmerode. Außerdem war der Kreisvertrauensmann Wendler und der Gauvorsitzende Jul. Koch erschienen. Der Bericht des Kreisvertrauensmannes für die Zeit vom 1. Dezember 1902 bis zum Oktober 1903 lautete wesentlich unglücklicher als der Bericht vom Jahre vorher. Während im Vorjahre von fünf Zweigvereins-Gründungen berichtet werden konnte, so diesmal von keiner einzigen, trotzdem das Arbeitsfeld keineswegs kleiner geworden ist. Zu dieser Erfolglosigkeit kommt noch ein direkter Mißerfolg, indem der Zweigverein Eisenstedt dem Entschlafen nahe ist. Das alte Lied: In der arbeitslosen, der schrecklichen Zeit, im Winter, kommt die Arbeit an den Vorwaltenden, dem Spießhaken, der dann den Mauerern keine Macht süßen läßt, die Verbandsmänner von seiner Arbeit aussperrt. So singen auch unsere Kollegen in Eisenstedt. Während also in dieser Richtung die Tätigkeit des Kreisvertrauensmannes wenig erfolgreich war, war auch die sonstige Juanprachinnahme seiner Verlon seitens der Zweigvereine eine weit geringere, als im Vorjahre; die Korrespondenz wurde arg vernachlässigt. Das einzige erfreuliche Zeichen ist das bessere und pünktlichere Abrechnen. Gemäß ist die Nachlässigkeit in gewerkschaftlicher Beziehung zum Teil auf die hochgehenden Mogen der politischen Bewegung zurückzuführen, da so zum Glück die führenden Personen in der Mauererbewegung zugleich politisch hervorragend tätig sind. Es bleibt jedoch trotz alledem ein Neß zu fragen übrig, und diesen Neß ist der nächsten Zeit zu tilgen, muß unser ernstliches Verlangen sein, speziell ist in der Umgegend Duedlinburgs recht viel Agitationsarbeit zu betreiben. Ebenso in Thale, wo wir aller darauf angewandten Mühe zum Trotz keinen festen Fuß fassen können.

Döring-Egeln schildert die Schwierigkeit der Landagitation an der Hand seiner Erfahrungen in Seebahnen und anderen Orten. Die Organisation habe durch die verhaschenden anderen Bautätigkeit schwer gelitten. Viele Kollegen sind veranlaßt, außerhalb ihren Erwerb zu suchen. Dadurch gingen manche Mitglieder verloren, indem seitens einiger Zweigvereine nicht die genügende Sorgfalt auf die Zuzugewinnung verwendet wird. Kommen die Mitglieder dann zurück, so haben sie ein halbes Jahr Schulden und weigern sich abzumachen, nachzugehen. Redner erwähnt hierbei einen besonders trassen Fall, der sich in Mansfeld zugezogen haben soll. — Wemers-Diederichsen legt dar, wie schwer es den Zweigvereinen fällt, selbständig Agitation zu treiben; die ohnehin knappen Lokalverhältnisse werden von allen Seiten beansprucht, natürlich muß darunter die Agitation leiden. Redner beantragt, daß die für Agitation aufgewandten Gelder aus der Gauskasse erstet werden. — Wemers-Diederichsen schlägt wieder einmal über den letzten Indifferenzismus. So sei der Kollege Rinte aus Porenhausen zur Gaukonferenz nach Magdeburg delegiert gewesen und hätte sich nie wieder in einer Versammlung sehen lassen. — Der Delegierte aus Duedlinburg gibt zu, daß noch sehr viel in seiner Umgegend zu tun sei, doch seien die Vorwürfe Wendlers nicht am Plage. Es sei von Duedlinburg das möglichste getan, doch wenn zu den sonstigen Schwierigkeiten der Landagitation noch der Lokalvermangel trete, so seien die bisherigen Mißerfolge wohl zu verstehen. — Aug. Winnig-Mansfeld hält die Klagen Wendlers über die Nachlässigkeit für übertrieben. Das Nachlassen der Korrespondenz sei ein Zeichen, daß sich die Verwaltungsbeamten eben besser eingearbeitet haben, daß die ganze Organisation stabiler geworden ist. Soweit sich die Vorwürfe auf Mansfeld beziehen, müsse er sie zurückweisen. Was hier organisationsfähig sei, sei organisiert. Allerdings harzaufrichtig bleibe noch viel zu tun, doch da müsse eben dem Antrage Diederichsen Rechnung getragen werden. Es erübrige sich, über denselben abzustimmen; denn da Kollege Koch ihn gebührt habe, werde der Gauvorstand schon das Nötigste daraus finden. Redner weist auf die (scharfen) Arbeitsverhältnisse in Thale hin; die Ueberfunde-Mauer Nacharbeit ist dort zu eingerichtet; das Mandat Mauerer 120 Stunden in der Woche gearbeitet haben. Seit haben sie ihre ergebene Strafe dafür, indem sie zum Teil jetzt Wochen arbeitslos sind. Dort hätte Kollege Wendler auch gemäß Beschäftigung für seinen Arbeitsbrang gefunden. Weiter erweist Redner den Kollegen Döring-Egeln, seine Behauptungen zu beweisen, eventuell zu mobilisieren; ihm, dem Redner, sei derartige nicht bekannt. (Döring gibt zu, daß der Fall schon um Jahre zurückliegt, wozu Winnig allerdings nichts wissen konnte.)

Damit ist die Debatte geschlossen. Wendler gibt im Schlußwort auf die in der Debatte vorgebrachten Punkte nochmals kurz ein. Zum Punkt 2: „Agitation“ nimmt das Wort der Gauvorsitzende, Kollege Koch, und betont dringend die Notwendigkeit, nun nach abgeklaffter Wahlkampagne erneut und energisch für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein. Das jetzt vom Gau herausgegebene Flugblatt zeige uns den Weg, in welcher Weise unsere Agitation betrieben werden muß. Nicht allein die Gewinnung neuer Mitglieder ist geboten, auch die Erhaltung der einmal gewonnenen gehört zur Agitation. Es sei unerhört, daß bei einer Aufnahme von 1169 neuen

Agitation und Lohnbewegung. Es sei unerhört, daß bei einer Aufnahme von 1169 neuen



Arbeitsarbeit hatte sich ein weiterer Mifstand bemerkbar gemacht, nämlich der, daß auf einzelnen Bauten die Kellergräben sowie das Aufhängen in Arbeit gemacht wurden. Um ein weiteres Umhängen dieses Leibelandes zu verhindern, wurde beschlossen: Die Bauen und Aufhängen darf nicht in Arbeit gemacht werden. Weiter beschloß sich die Versammlung mit einem Arbeitsgehalt, damit auch während der verkurzten Arbeitszeit in Bezug auf Anfang und Fortabend etwas einheitliches geschaffen wird. Dieser Satz wird den Mitgliedern in den nächsten Tagen zugestellt werden und soll hinten ins Mitgliedsbuch gestellt werden. — Seit kurzem macht sich wieder eine größere Arbeitslosigkeit bemerkbar. Es sind augenblicklich über 50 verheiratete Kollegen arbeitslos, trotzdem in letzter Zeit viele verheiratete Kollegen abgereist sind. Wir machen die jüngeren Kollegen darauf aufmerksam, daß es ihre Pflicht ist, den älteren verheirateten Kollegen Platz zu machen. In Anbetracht der vorgerückten Jahreszeit erfordern wir diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen noch längere Zeit im Rückstande sind, unverzüglich ihre Bücher in Ordnung zu machen, wenn sie nicht ihre Rechte an den Verband verlieren wollen. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, die politische Presse, den „Braunschweiger Kollekten“ zu lesen. Auch ist es recht bedeutungsvoll, daß von rund 600 in Braunschweig wohnenden Maurern nur etwa 115 dem sozialdemokratischen Arbeiterverein angehören; auch dieser Zustand muß baldigt beseitigt werden.

In **Domago** bei Oppin fand am 11. Oktober eine Mitgliederversammlung statt. In der Kollege Müller aus Breslau über: „Organisationsfragen“ referierte. Sodann wurde die Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen. Die auswärtig arbeitenden Mitglieder wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht den am Orte üblichen Beitrag, sondern den Beitrag, der an ihrem Arbeitsorte üblich ist, zu entrichten haben. Im Anschluß hieran fand eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der Kollege Müller die Bedeutung der Gewerkebehörde darlegte.

**Aus Hensburg** erhalten wir diese Zuschrift: „Einiges über das Unterfütigungswesen. Verastkollegen! Niemand, am wenigsten ich, wird bestreiten, daß unsere Lage im hohen Grade verbesserungsbedürftig sei, und in Kranheitsfällen aber erst recht. Von diesem Gedanken wird man auch wohl ausgegangen sein, als man in Hensburg eine Unterfütigungskasse schuf. Diefelbe hat den Zweck, den Mitgliedern eine Unterfütigung in Kranheitsfällen zu gewähren, und zwar ist die Höhe der Unterfütigung bei einem Wochenbeitrag von 10 M und in den drei Wintermonaten bei einem solchen von 6 M auf 4 M pro Woche festgesetzt und währt 6 Wochen. Nach dem neuen Statut soll der Beitrag auf 20 M und die Unterfütigung auf 7 M erhöht werden; auch ist für die Mitglieder ein Sterbegeld von 20 M, für deren Frauen ein solches von 15 M vorgefehen. Gegen diese Leistungen wird niemand etwas einzuwenden haben, im Gegenteil, man muß sich fragen, wie es möglich ist, bei einem so niedrigen Beiträge solche Vorteile zu bieten; denn es gibt wohl schwerlich eine Krantheit, die bei einem so kleinen Beitrag ähnliche leistet. Aber auch diese Unterfütigungskasse kann von den Beiträgen allein nicht bestehen, sondern man nahm die Ueberfütigung von Wällen und sonstigen Vergütungen mit zu fütigen, obwohl ein etwaiges Defizit die Lokalfasse tragen mußte. Reichten diese Zuschüsse noch nicht, so wandte man sich an die Lokalfasse direkt, die dann auch immer die notwendigen weiteren Zuschüsse lieferte. Da nun bei der Erhöhung der Unterfütigung die Beiträge prozentual ziemlich dieselben bleiben, aber die Vergütungen und die eventuellen Ueberfütigungen sich nicht vermehren, so werden neue Quellen für die Lokalfasse entfehen. Ja, die nächsten Fütigkeiten werden nicht nur keine Ueberfütigungen, sondern selbst ein Defizit aufweisen, da man dieselben wieder in Lokalen abhält, die von den anderen modernen Gewerkschaften gemieden werden, denn ein Kollege, der etwas weiter denkt, bleibt von derartigen Arrangements fern, was namentlich bei dem am 3. d. M. abgehaltenen Vergütigen der Fall war. Doch der Zweck war erreicht: Man hatte Platz geholt und sich mal gründlich amüfirt. (Platzmangel sollte nämlich der Grund sein, weshalb der Vorstand ein derartiges Lokal vorfchlug, obwohl zwei Versammlungslöfale vorhanden sind.) Ein Gejanglehrer wird, nebenbei bemerkt, ebenfalls aus der Lokalfasse bezahlt. Das wäre nun alles ganz schön und grün, wenn in der Lokalfasse genügend Geld vorhanden wäre. Doch nun kommt die Schwierigkeit der Bedau. Handelt es sich um Verbandangelegenheiten, z. B. um die Arbeitsruhe am 1. Mai, so werden verschiedene Köpfe ganz konfus und wissen nicht, wo im Falle einer Maßregelung die Unterfütigung hergenommen werden soll, denn in der Lokalfasse ist dann nämlich Ebbe eingetreten. Das nur ein Beispiel von vielen. Nun beklagen sich verchiedene Kollegen, daß sie nur zahlen sollten und keine Vorteile von der Organisation hätten. Ja, Kollegen, dadurch, daß man auf Neubauteu bis in die Nacht hinein und Sonntags arbeitet, wenn man ferner Affordabelten zu den erbärmlichsten Schandpreisen fertigt, wenn man weiter Säle zu Vergütungen demütigt, die uns zu Verarmungen entzogen werden, so entstehen hieraus nicht nur keine Vorteile, sondern man verliert das Ansehen bei den anderen Gewerkschaften und das bishigen Respekt, das die Unternehmer noch vor der Geffellernorganisation haben, geht auch noch zum Teufel. Ich für meine Person halte die modernen Gewerkschaften für Kampfororganisationen und nicht für Altimbierevereine oder Krankenkassen. **Emil Donath** in Hensburg.“

**Umerkung** der Redaktion: Wenn die Behältnisse so sind, wie sie hier geschildert werden, dann ist es wirklich hohe Zeit, daß die Hensburger Kollegen sich bestimmen und anfangen, andere Wege zu wandeln. Im übrigen sind wir der Meinung, daß die modernen Gewerkschaften sehr wohl das Unterfütigungswesen pflegen können, ohne daß darum die Organisationen ihren Charakter als Kampfororganisation verlieren brauchen. Müht hat der Zweigverein Hensburg das Wort.)

In **Gagen** fand Mittwoch, den 14. Oktober, eine öffentliche Maurerverammlung statt. Als Referent war Kollege Hübbring aus Essen erschienen. Er sprach hauptsächlich über die diesjährige Lohnbewegung in Rheinland und Westfalen und wies darauf hin, daß überall, wo Lohnforderungen gestellt waren, auch der Stundenlohn durch Waulperren um ein paar Pfennige erhöht wurde und die Unternehmer gezwungen wurden, die Organisation der Maurer anzuerkennen. Hätten die Kollegen auch in Gagen besser zusammengehalten, so wäre es auch hier

möglich gewesen, den Lohn von 45 M durchzuführen, wie es in Essen und Umgebung geschehen ist. Im weiteren kam er auf die christlichen Kollegen zu sprechen, die in Düsseldorf Streikfrederdienstleisteten und sogar noch auswärtige Arbeiter über die Sägerei Bewegung und forderten die Kollegen auf, dem Verbände treu zu bleiben, bis zu ihrem Verstande. In „Verständnis“ wurden noch die Mifstände auf den Bauten, hauptsächlich auf denen des Unternehmens Abaurer, kritisiert. Weiter erwähnte Kollege Schäfer die Anwesenheit, auch für die Wacht der Arbeitervertreter zu der Krantheitskasse zu agitieren, damit der Sieg unser werde. Hierauf wurde die Verarmung mit einem Dow auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Am 18. Oktober hielt der Zweigverein Hannover seine regelmäßige Generalversammlung ab; der Antrag auf Gründung einer Arbeiterverein wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt. Zum zweiten Vorlesenden wurde an Stelle des Kollegen Laube, der abgereist ist, Kollege Wobmann gewählt. Hierauf erläuterte der Vorsitzende die Sperren über die Bauten Dennis & Dune. Es wurde beschlossen, den beteiligten Kollegen, da der Hauptvorstand die Unterfütigung verweigert hat, 10 M pro Tag aus der Lokalfasse zu bewilligen. Damit der Zweigverein mehr Geld in die Lokalfasse bekommt, war ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge gestellt, er wurde aber bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. Ebenfalls zurückgestellt, und zwar zur nächsten Verarmung, wurde der Antrag auf Erweiterung der Wählbarkeit und auf diesem Zweck 10 M aufzuwenden. Nachdem noch der Wunsch geäußert war, die Kollegen, möchten das Parteibill „Kollektiv“ abonnieren und sich in den Wahlvereinen aufsuchen lassen, erfolgte Schluß der Verarmung.

Der Zweigverein Harzburg hielt Sonntag, den 11. Oktober, seine monatliche Mitgliederversammlung ab, die nur recht mäßig besucht war, so daß Kollege Wölke aus Braunschweig, der als Referent amfend war, sein Bedauern über die Interesslosigkeit der Harzburger Kollegen aussprach. Ferner erwähnte er die Kollegen, doch treu, tapfer und mit allem Eifer für die Organisation zu arbeiten, damit die indifferenten Kollegen bald zu einer besseren Ueberzeugung kommen.

In einer öffentlichen Verarmung der Maurer Leipzig am 18. Oktober hielt Genoffe Guff. Jäh, einen sehr interessanten Vortrag über politische Organisationen. Neben dem zunächst auf die Entwicklung des bürgerlichen Parlamentarismus und der politischen Parteien zu sprechen; er wies nach, daß der Anfang der Parlamente, soweit solche in europäischen Staaten vorhanden sind, fast ausnahmslos in die Zeit fällt, wo das Schuldenmachen der betreffenden Staaten anfing. Ausnahmen hiervon machen nur die jüdischen Staaten, dort seien die Parlamente aber auch nicht auf die Popularität der betreffenden Dynastien, sondern hauptsächlich auf die durch Napoleon hervorgerufenen Umwälzungen zurückzuführen. Ohne Grenzlinie hätten die bescheidenen Klassen Europas die Schuldentilgung ihrer Länder nicht übernommen; deshalb habe der Parlamentarismus für die bescheidenen Klassen einen guten Sinn, denn ihre Vertreter seien nichts anderes als der Glaubwürdigkeit der Schuldentilgung. Hier zeigte sich der Unterschied der Machtverhältnisse einer Parlarismenmehrheit, welche die Klasse der großen und kleinen Staatspapierinhaber hinter sich hat und einer solchen, welche von einer unorganisierten Masse namenloser proletarischer Wähler gedeckt wird, recht deutlich; letztere kann einen Konflikt mit der Regierung nur fiktiv bestehen, wenn ihre Wählermassen gut organisiert und diszipliniert sind, und zwar nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch. Um allen Stürmen und Aktionen, welche sich in Zukunft gegen die proletarische Bewegung richten, erfolgreich entgegenzutreten zu können, sei es notwendig, einen aktunggebenden Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft den Wahlvereinen zuzuführen und diese Vereine zur wirksamen Klassenorganisation des Proletariats auszubauen. (Beifall der Versammlung.) Unter „Innere Berufsangelegenheiten“ leitete Kollege Verhoff mit, daß es immer noch einzelne Mitglieder gibt, die bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegen die Verbandsinteressen verstoßen; der Verbandsmittelsieb bleiben wollen, müsse die Verhältnisse und Bestimmungen unbedingt einhalten. Auf Vorfchlag des Kollegen Meyer werden die Kollegen Verhoff, Anders und Quasdorf in die Bauarbeiter-Kommission delegiert. Hierauf Schluß der Verarmung.

Am 21. Oktober in Schwand und geliebte: Sonntag, den 4. d. M. fand in der Schwandstraße bei Lissa eine öffentliche Bauhandwerker-Verarmung statt, die durch der katholischen Probst von Schwetkau einberufen worden war. Als Referent erschien auf der Wühlfläche der christliche Agitator Gasse aus Pofen. Zu der Verarmung waren alle Bauhandwerker aus den umliegenden bis zu zwei Stunden entfernten Orten eingeladen worden, nur die Lissaer Bauhandwerker hatte man nicht eingeladen, obgleich Lissa nur 45 Minuten von Schwetkau entfernt ist; man wollte sie wohl aus guten Gründen von der Verarmung fern halten. Aber die Lissaer Kollegen hatten sich trotzdem zahlreich eingefunden. Als sie den Saal betraten und geschlossen bis zum Bureau des Probstes vorrückten, hörte man vielfach Ausrufe der Ueberfütigung, als: „Seht, da sind ja die Moten von Lissa!“ Die Verarmung war von den Einwohnern des Städtchens sehr stark besucht, aber auch die Maurer vom Zentralverband waren zahlreich vertreten. Außer dem Referenten und dem Einberufer waren noch sechs Geiftliche amfend. Der christliche Herr Gasse verfuhrte es, seine Brüder zu überzeugen, daß sie im Zentralverband verarmt und ihn deshalb meiden und sich dem christlichen Verbände anschließen müßten. Besonders scharf ging Gasse gegen Dömelburg und Eilberschmidt zu Werke. Er warf ihnen vor, vom Verbände gelobten Baufreien in Deutschland gemacht und dabei eine große Summe Geld gebraucht zu haben: A 5000 von Bremen und ebenfalls von Hamburg. In der Diskussion wurden die Angriffe des christlichen Gasse und die Unzufriedenheit Gasse auf den Verband und seine Vertreter von dem Kollegen Trause aus Breslau so gründlich widerlegt, daß Herr Gasse die Kraft zu seiner Verteidigung ausging. Da erklart ihm dann ein Helfer in der Not, und zwar war es der bei der letzten Reichstagswahl durchgefahrene Centrumskandidat, Probst Laue aus Lissa, der sich im Schwetkau fernes Angehten bemühte, die christlichen Maurer vor der bösen Sozialdemokratie zu retten, wobei er sich so in die Höhe hineinredete, daß man bei seiner Wohlbeleibtheit fürchten mußte, ihm werde die Luft ausgehen oder ein Schlaganfall werde ihn treffen. Aber alle Mühe war ver-

gebens, die Moten blieben rot und denken gar nicht daran, ihre gute Organisation einigen gut gedächerten katholischen Geiftlichen zu Gefallen aufzugeben. Der christlichen Katholische in Schwetkau wünschten bei guten Erfolg, vorläufig beliebt sie schnell erst aus „Arbeitsmangel“ aus dem Jahre 1901 und ein paar unbedeutenden Ueberfütigern, die den talentvollen Mitgliedern des christlichen Verbände wohl nicht viel Schaden zufügen werden. Am folgenden Sonntag fand in Gagen ebenfalls eine von christlicher Seite unbedeutende Verarmung statt, die trotz der vielen Mühe, die sich die Herren christlichen Agitatoren mit und ohne Priestergeband machen, um einige Schafe für ihre Herde einzufangen, ein vollständig negatives Ergebnis hatte. Zum Schluß möchten wir unseren Verbandskollegen von Lissa noch die siegreichen Kämpfe der Jahre 1901 und 1902 in Erinnerung bringen und ihnen dabei zurufen: „Haltet Euch vor den Wölfen in Schwetkau!“ Haltet fest an der euren Organisation, die uns in schwerer Zeit hülfreich zur Seite gestanden hat, und die uns auch bei neuen Kämpfen, die wir für die Erlangung unserer Menschenrechte mit dem Unternehmertum zu führen gezwungen sind, treu zur Seite stehen wird.

In **Mühlhausen i. Th.** fand am 4. Oktober eine öffentliche Maurerverammlung statt. In der Kollege Schent-Erfurt über: „Die Taktik der Unternehmer bei Lohnbewegungen“ referierte. Der treffliche Vortrag des Kollegen Schent hatte eine zahlreichere Zuhörerschaft verdient, als ihm beizulegen war. Aber es scheint, als ob die Mühlhäuser Kollegen es nicht mehr nötig haben, mit demselben Eifer die Verarmungen zu besuchen, wie das noch vor ein paar Jahren der Fall war. Es wäre nur zu wünschen, daß hierin bald wieder ein Wandel eintritt.

Am Freitag, den 16. Oktober, tagte im „Burgkeller“ die regelmäßige Mitglieder-Verarmung, welche leblich gut besucht war. Die vom Kaiserer verlesene Abrechnung vom dritten Quartal wurde als richtig anerkannt; dem Kaiserer wurde Decharge erteilt. In der Diskussion wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die Beiträge nicht regelmäßig eingehen, insbesondere nicht zum Lokalfonds. Auf Unterfütigung können keine Kollegen rechnen, die nicht auch die Beiträge zum Lokalfonds ganz bezahlt haben. Nachdem beschloß sich die Verarmung mit Anträgen zur Gaukonferenz und Wahl eines Delegierten. Als Delegierter wurde Kollege Kinderwarter mit großer Majorität gewählt. Es wurde der Antrag gestellt und einstimmig angenommen: „Abfassung der Beiträge zur Gaukonferenz.“ Anlaß dazu gibt das fortgesetzte Defizit am Quartalsabschluss. Es wird im allgemeinen von der örtlichen Verwaltung hartam gemißachtet und man kommt doch nicht aus. Früher sind 25 Pz. der Einnahmen am Orte geblieben, jetzt nur 20 Pz. Die Anforderungen sind aber größere geworden; der Gaubeitrag besteht zu Unrecht. Wenn am Jahresabschluss der Gauvorfchende berichtet, dann gibt es Vorwürfe von allen Seiten, dann wird wohl verlangt, daß die Zweigvereine mitarbeiten sollen, aber wo das Geld herkommt, danach fragt niemand. Wenn nur Agitation kein Geld vorhanden ist, dann kann nichts geleistet werden, dann wenn die örtlichen Verwaltungen nichts leisten, dann kann sich der Gauvorfchende den Kopf zerbrechen und wir können doch nicht vorwärts. Es wurde allgemein anerkannt, daß ein begehrt Gauvorfchender unermäßig sei, aber wenn es die Fallverhältnisse der Gaukapital nicht gestatten, dann müsse man auf einen begabten Gaubeamten verzichten. Sei es früher gegangen, so müsse es auch jetzt gehen. Auf den Verbandswahl wurden nur immer großfütigliche Verhältnisse beachtet, also die Kleinstädte und ländlichen Orten fanden kein Gehör. Also hinweg mit dem Gaubeitrag. Zum Punkt 4 war der Antrag gestellt, dem Gewerkschaftsrat wieder beizutreten. Der Kartellvorfchende, Genoffe Fohn, wies kurz auf die Befehlungen der Kartelle hin und erfuhrte, den Antrag anzunehmen. Der Kaiserer, Kollege Steffen, ließ sein Kartellbild wieder hören: woher nehmen und nicht flehen; man komme jetzt schon nicht mit dem am Orte, bleibenden 20 Pz. der Einnahme aus, und nur noch den Kartellbeitrag. Das Defizit sei bisher aus dem Lokalfonds gedeckt worden; wolle man den Kartellbeitrag nun auch noch daraus nehmen, dann sehen wir bald auf dem Trocknen, und man brauche sich nicht zu wundern, wenn Zweigvereine eingehen. Sämtliche Redner beurteilten es, daß das Defizit aus dem Lokalfonds gedeckt werden müßte, es sei eine gewalttätige Einmischung in die Rechte der Mitglieder. Der Lokalfonds sei seinerzeit dazu gegründet worden, infanterie Kollegen damit zu unterstützen. Der Kaiserer wurde beauftragt, sein Defizit mehr aus dem Lokalfonds zu decken. Wenn es trotzdem verlangt werde, solle man lieber den Lokalfonds abschaffen. Der Anschlag an das Gewerkschaftsstatut wurde gegen zwei Stimmen beschlossen. Im Punkt „Verständnis“ gab Kollege Kinderwarter bekannt, daß er wegen Arbeitsmangels sein jetziges Arbeitsverhältnis habe aufgeben müssen und nun arbeitslos sei, indem er von keinem Unternehmer eingestellt worden sei. Trotzdem in derselben Woche Maurer gesucht wurden, habe man ihn erklart; wenn er 14 Tage früher gekommen wäre, ja. Am anderen Tage fehm von einem dieser Unternehmer wieder Maurer eingestellt worden. So seien denn die Worte eines Weilers zur Wahrheit geworden, der vor drei Jahren sagte: Kinderwarter bekommt ja doch keine Arbeit wieder. Kollege Kinderwarter erklart ferner, daß er sich durch solche Gewaltakte des Unternehmertums nicht von seiner Ueberzeugung abbringen lasse, für ihn gelte die Parole: „Soch die Organisation!“

In **München** fand am 6. d. M. eine öffentliche Maurerverarmung statt. Kollege J. Merkel aus Nürnberg referierte über den gegenwärtigen Stand der Münchener Maurerbewegung und deren Ziele. Redner wies zunächst darauf hin, daß das jährliche Durchschnittseinkommen eines Maurers bei weitem nicht ausreicht, um alle Lebensbedürfnisse zu befriedigen, weshalb die Frau häufig mitarbeiten müsse. Die Maurer hätten aber selbst Schuld, da sie sich keine Organisation schufen, um den Lohnbrüderleiden der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Wenn auch der Durchschnittslohn infolge der oefferen Konjunktur von 1895 bis 1899 etwas getiegen sei, so sei andererseits auch eine erhebliche Steigerung aller Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten usw. eingetreten. Nach 1899 seien die Löhne aber allmählich auf den Stand vor 1895 herabgesunken. Wenn der Maurer das von der Wissenschaft geforderte Jahresdurchschnittseinkommen von A 1500 erreichen wolle, müßte sein Stundenlohn bei zehnündiger Arbeitszeit und 220 Arbeitstagen 60% betragen. In München beträgt er aber nur 47 %. Nach der Naturalverpflegung eines

Marinekolbaten, die doch sicher nicht übermäßig hoch angesehen ist, berechnet, müßte für eine Familie mit zwei Kindern im Jahre 1903 21,89 pro Woche aufgewendet werden. Das Einkommen beträgt aber nur 10,88 pro Woche, ihre Lebenshaltung muß also gegen die eines Marinekolbaten zurückbleiben. Eine sehr interessante Berechnung macht Medner für jene, die auf die sogenannte gute alte Zeit verweisen, wo der Arbeiter bei geringem Lohn besser auskam, als heute. Medner beweist, daß eben früher die Lebensmittelpreise usw. so niedrig waren, daß sich der Arbeiter, trotz der niedrigen Löhne damals, sogar noch besser stand als heute. In den letzten Jahrzehnten hat die Organisation wohl schon einigen Einfluß, sowohl auf Lohnverhältnisse, besonders im Norden Bayerns, wie auch auf die Bildung der Kollegen ausgeübt. Hier soll also eingeleitet und durch Beratung aller Kollegen zur Organisation eine Besserung der Lohnverhältnisse herbeigeführt werden. Die interessanten Ausführungen des Medners wurden mit lebhaftem Beifall belohnt. Kollege Sartorius weist darauf hin, daß der Durchschnittslohn in München sogar noch schlechter sei, als der Vorortener angenommen habe, und fordert die Kollegen ebenfalls, auf dem Ausbau der Organisation tüchtig mitzuarbeiten. Schärer forderte die Kollegen auf, auch energisch die Arbeiterpresse zu unterstützen, und schloß mit einem Hoch auf den Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Eine höchst besuchte Mitgliederversammlung fand am 11. d. M. in Eresen statt. Es wurde Klage darüber geführt, daß der Versammlungsbesuch nach dem Streik immer schlechter geworden und die Beiträge immer unregelmäßiger eingehen, daß also die Verbandstätigkeit erheblich nachgelassen hat, während doch die Verhältnisse, die sich wieder zu verschlechtern beginnen, gerade dazu angetan sein sollten, recht kräftig für den Verband zu agitieren und zu arbeiten. So wurde auch konstatiert, daß ein Unternehmer die Interessiertheit der Kollegen am Verbandsbau bemerkt hat, Strafen für Rückpötkommen in seinem Betriebe einzuführen. Er würde dies wahrscheinlich unterlassen haben, wenn die Gesellen besser organisiert wären und sich mehr am Verbandsleben beteiligten. Der Nachlässigkeit der Kollegen im Versammlungsbesuche sei es auch wohl zuzufrieden, daß sich die Mißstände auf den Bauten wieder erheblich mehren, daß keine ordentlichen Bauwunden und Aborte mehr anzutreffen und in den Büden häufig keine Ofen vorhanden sind. Wenn dies anders werden solle, dann sei es vor allen Dingen notwendig, daß der Versammlungsbesuch, sowie das ganze Verbandsleben, wieder besser werde. Notwendig sei es auch, daß die Vertrauensmänner in den einzelnen dem Zweigverein angegliederten Ortschaften eine größere Tätigkeit für den Verband entfalten, namentlich dafür sorgen, daß die Beiträge regelmäßig an die Zweigvereinskasse abgeführt und die Versammlungen besser besucht werden. Am einen allgemeinen Wunsch Rechnung zu tragen, soll die nächste Versammlung in Altheim stattfinden. Es wurde dann noch beschlossen, einen Gehirnt anzuschaffen, mit dem Preis jedoch nicht über 80 hinausgehen. Dann folgte der Schluß.

Der Zweigverein Epremberg hielt Dienstag, den 21. d. M., seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom dritten Quartal wurde genehmigt. Dann erstattete der Vorsitzende Bericht über die Statutenberatung der Ortskrankenkasse. Der wöchentliche Beitrag ist auf 42 s. und die Untersuchungsdauer auf 10 Wochen festgesetzt worden. Kollege Serbin sprach den Wunsch aus, daß in Epremberg eine Filiale der Zentralkrankenkasse errichtet werden möge, da die Beiträge in der Ortskrankenkasse sich von Jahr zu Jahr erhöhen, während die Unterfertigung seit zehn Jahren dieselbe geblieben ist. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, dafür einzutreten, daß bei den Bauabgangs- und Stadtverordnetenwahlen Arbeiterkandidaten gewählt werden.

Die Sitzung des Zweigvereins St. Johann hatte zum 10. Oktober in dem benachbarten Eubach eine öffentliche Maurerverammlung einberufen, die von 60 Kollegen besucht war und in der Kollege Horner aus Mammheim unter lautem Beifall referierte. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die besonders den Bauarbeiterwettbewerb besprachen. Kollege Bonnius kritisierte besonders einen Ausdruck eines Herrn Bonelius, den dieser bei der Eröffnung der Handwerker-ausstellung getan hat und in dem er der Meinung Ausdruck gab, daß für die Arbeiter zu viel Wohlfahrts-einrichtungen beständen. Ferner rügte Kollege Bonnius sehr scharf das Vorgehen der Fabrikanten gegen den Metallarbeiterverband. Durch Voranschlag wurden nämlich die vom Stammlichen Geist besetzten Herren nicht nur bei ihnen beschäftigten Arbeitern bei Strafe der Entlassung den Besuch der Versammlungen des „sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes“ verboten, sondern ihnen auch anbefohlen, jeden Arbeiter, der sich daran beteiligt, bei der Werkleitung zu denunzieren. Kollege Bonnius wies darauf hin, daß es Pflicht aller organisierten Arbeiter ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter sich durch solche Drohungen nicht abschrecken lassen, sondern dafür eintreten, daß die Organisationen immer mehr erstarben. Die Maurer schreiten rüstig vorwärts, denn ihre Organisation hat sich in der letzten Zeit verdreifacht. In dieser Versammlung ließen sich wieder zehn Kollegen anwerben. Weiter ist uns das Aolal Bauer in Würzburg auf Einwirkung der Würzburger Gölle“ entgegen worden. Die Kollegen werden also ersucht, nur in solchen Betrieben zu verkehren, die uns auch zu Versammlungen zur Verfügung stehen.

Der Zweigverein Lettow hielt am 7. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche leider nur schwach besucht war. Kollege Wolf-Berlin referierte über: „Die Entstehung und der Zweck der Organisation.“ Er beleuchtete in längerer Rede die Notwendigkeit der Organisation und tadelte die Laubbild der Kollegen. Medner forderte zum Schluß die Kollegen auf, nicht bloß Mitglieder auf dem Papier zu sein, sondern überall ihre volle Pflicht zu erfüllen. Weiter sprach Kollege Lohnte den Medner für seine trefflichen Ausführungen.

**Ein Beitrag zur Organisation und Agitation der Fliesenleger.**

Seitdem die Agitation unter den Fliesenlegern etwas lebhafter geworden ist, hat es sich gezeigt, daß nicht alle Kollegen, welche in dieser Branche tätig sind, sich über die

Form der Organisation einig waren. Einige glaubten, besser zu fahren, wenn sie sich auf eigene Füße stellten, um eine Branchenorganisation ins Leben zu rufen. Andere schlossen sich in richtiger Erkenntnis der Sachlage in Sektionen den örtlichen Zweigvereinen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands an, wie ja auch naturgemäß ein größerer Prozentsatz der Fliesenleger diesen schon vorher angehört.

Es muß einen, der nicht in die Verhältnisse eingeweiht ist, befremden, daß in einer Branche, die verhältnismäßig wenig Kollegen tätig sind, auch diese noch nicht einheitlich organisiert sind. Das hat aber wohl seinen Grund darin, daß es Fliesenleger, die das Gewerbe nur als alleinigen Beruf erlernt haben, überhaupt nur sehr wenige gibt, daß vielmehr die übergroße Mehrheit, man kann wohl sagen zwei Drittel aus Maurern und das übrige Drittel aus sonstigen Bauhandwerkern (Köpfen, Stuckateuren usw.) besteht.

Man sollte es nun für selbstverständlich halten, daß, da die meisten Kollegen aus dem Maurerfach hervorgegangen sind und heute noch sehr viel Fliesenarbeit von Maurern ausgeführt wird, ferner die ganze Fliesenlegerarbeit auf das engste mit dem Maurerfach zusammenhängt, was sich ja auch bei allen Lohnbewegungen bisher gezeigt hat, sich sämtliche Kollegen, die als Fliesenleger arbeiten, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anschließen würden. Nach meiner Auffassung würde dieses auch schon weit mehr geschehen sein, wenn sich die Zweigvereine, resp. die Bauvorstände in den größeren Orten mehr um diese Spezialarbeiter gekümmert hätten. Das ist aber nicht geschehen. Man hat vielmehr von jeher eine gewisse Voreingenommenheit gegen die Spezialbranchen gehabt, man hat den Kollegen, die sich darauf verlegten, zu verziehen gegeben, daß sie in gewisser Hinsicht das Maurerfach verschlechtern, indem die Arbeiten, die sonst von den Maurern ausgeführt wurden, jetzt diesen entzogen würden, daß sie ferner ihre Angelegenheiten ganz gut in den Mitgliederversammlungen der Zweigvereine erledigen könnten usw.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Wer trägt die Schuld an dieser Teilung der Arbeit? Ich bin überzeugt, es würde auch heute noch keine Spezialbranchen der Fliesenleger geben, wenn nicht das Internerium diese Spezialisierung vorgenommen hätte mit der festen Voraussetzung, durch intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft mehr Kapital herauszuschlagen zu können.

Und sehen wir uns weiter um im Baugewerbe, so finden wir eine ganze Reihe von Spezialbranchen, die aus dem Maurerfach hervorgegangen ist, die auch lediglich den Zweck haben, die Arbeitskraft mehr als sonst ausbeuten zu können. Man mag das nicht für gut befinden, aber dagegen anzustreben wäre vergebens. Man könnte hier im günstigsten Falle einräumen, aber nicht aufhalten; denn die wirtschaftlichen Verhältnisse sind stärker als der Wille eines einzelnen, und schließlich ist auch der einzelne Unternehmer gezwungen, sich der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise anzupassen.

Steht es nun fest, daß wir es in der Fliesenlegerbranche mit einem gesonderten Internerium zu tun haben, welches sich nur auf diese Arbeiten verlegt, so muß man auch den Kollegen, die bei solchen Internerium arbeiten, Gelegenheit geben, ihre Interessen gesondert betonen zu können, und das geschieht wohl am besten, indem man es ihnen freistellt, sich in Sektionen den Zweigvereinen anzuschließen.

Obwohl nun schon an mehreren Orten derartige Sektionen bestehen, so entspricht dieses doch noch lange nicht den Verhältnissen, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Verwaltungen resp. die Bauvorstände der größeren Orte mehr als bisher mit den Fliesenlegenden Kollegen in Verbindung treten würden, um derartige Sektionen ins Leben zu rufen, zum Nutzen der Kollegen am Ort und zum Wohle der Gesamtheit.

Wißt, Gieshaub, Nürnberg, Neugroßreuth Nr. 65 neu, 88 alt.

**„Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.**

Es wird vielen Lesern unseres Blattes wohl nicht bekannt sein, daß neben der Zentral-Krankenkasse der Maurer z. „Grundstein zur Einigkeit“ auch eine Sterbekasse, genannt „Grundstein zur Einigkeit“, existiert.

Diese Sterbekasse besteht nach der Abrechnung vom Jahre 1902 ein Vermögen von M 44 812,96. Sie ist verzinsungsberechtig und verleiht, hat auf Grund ihres Vermögens die gesetzlich vorgeschriebene Prämienreserve.

Die Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ besitzt eine vom Aufsichtsrat für Privatversicherung in Weissenhofenbühl, genehmigte Satzung, und ist zum Geschäftsbetriebe für das Deutsche Reich zugelassen.

In der Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“ kann jede Person, welche gesund ist, bis 18. Lebensjahr zurückgelegt und bis 45. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, als Mitglied aufgenommen werden. Auch können Mitglieder der Sterbekasse ihre Kinder oder Wunden, welche das 8. Lebensjahr überschritten haben, darin versichern.

Über die Höhe des Beitrages sowie über die Höhe des Sterbegeldes schreibt die Satzung folgendes vor:

1. Das Sterbegeld beträgt, wenn der Tod eintritt in der Zeit:
 

von vollendeten 3. bis zum vollendeten 5. Lebensj. M.	40
„ „ „ 5. „ „ 10. „ „	50
„ „ „ 10. „ „ 16. „ „	60
„ „ „ 16. Lebensjahre ab „ „ „	180

2. Der Anspruch auf Sterbegeld ist erst begründet, nachdem die Versicherung sechs Monate bestanden hat.

3. Zur Empfangnahme des Sterbegeldes sind berechtigt die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes, sofern sie die Vererbung übernehmen, einen amtlichen Totenschein und das Mitgliedsbuch des Verstorbenen an den Vorstand oder die örtliche Verwaltungskasse der im § 2 angegebenen Kasse einreichen.

4. Nichtständige Beiträge werden vom Sterbegeld in Abzug gebracht.

5. Stirbt ein Mitglied ohne Hinterlassung von Anverwandten, welche für die Beerdigung Sorge tragen, so übernimmt die Kasse die Beerdigung und bezahlt die dadurch entstehenden Kosten, doch nur bis zur Höhe des Anspruchs.

6. Hat eine Gemeinde, ein Armenverband oder ein Dritter die Beerdigung besorgt, so haben diese Anspruch auf das Sterbegeld in Höhe der von ihnen aufgewandten Summe.

7. Sollte in den Fällen Ziffer 5 und 6 ein Lebensjahr verbleiben, so wird dieser den erbberechtigten Hinterbliebenen, sofern sie sich innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Mitgliedes melden, ausbezahlt. Nach Ablauf dieser Frist verfällt der Lebensjahrs der Kasse.

Für diejenigen, welche ab 1. Oktober d. J. der Sterbekasse beitreten, beträgt der Beitrag pro Monat:

vom 16. bis zum vollendeten 28. Lebensjahre	85 s.
„ 28. „ „ „ 34. „ „	84
„ 34. „ „ „ 40. „ „	88
„ 40. „ „ „ 46. „ „	42
„ 46. „ „ „ 48. „ „	45

Der Beitrag für Kinder vom 8. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre beträgt 10 s.

Wie notwendig es ist, sich selbst und seine Angehörigen gegen Sterbefall zu versichern, um, wenn der Fall eintritt, vor der äußersten Not geschützt zu sein, wird wohl jeder schon in der eigenen Familie erfahren haben. Damit jeder von der Versicherung Gebrauch machen kann, sind die Beiträge so niedrig bemessen, daß sie wohl von jedem aufgebracht werden können, wenn nur der Wille dazu da ist. Wegen Ausnahme wende man sich an die Bevollmächtigten der Zentralkrankenkasse der Maurer, Gieser zc. „Grundstein zur Einigkeit“.

**Vom Bau.**

**Anfälle, Arbeiterschutz, Submissiven etc.**

Der lin. Ein Bau-Anfall, bei welchem drei Personen schwere Verletzungen erlitten haben, ereignete sich kürzlich auf dem Bau-Maurermeister R. Lehmann ausgeführten Neubau Aufstiegenbau 68. Auf dem bis zur dritten Etage hochgeführten Bau waren die Maurer mit der Aufmauerung eines Dachschindels beschäftigt. Ihnen wurden die Materialien durch einen Nachzügler in die Höhe und dann mittels Lotwieses zugeführt. Als nun der 18 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Wörth eben eine solche Lotwies mit Rail zuführte, brach plötzlich das Gerüst zusammen und die Lotwies stürzte hinab. Wörth blieb an den Schienen hängen, so daß ihn die auf der anderen Seite beschäftigten Maurer noch im letzten Augenblick festhalten konnten. Der Unglückliche hatte sich jedoch, da die Lotwies auf ihn gefallen war, den linken Unterarm gebrochen. Die beiden am Dachschindel beschäftigten Maurer stürzten mit in die Tiefe. Der 22 Jahre alte Maurer Emil Rude fiel bis in die erste Etage hinab, wo er quer über einem Netzeleg liegen blieb, dort fielen ihm mehrere Bretter auf den Leib. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf, an beiden Unterarmen und an den Händen, die linke Hand war gebrochen. Der 25 Jahre alte Maurer Sommer stürzte bis in den Keller hinab und blieb mit schweren Verletzungen und gebrochenen Beinen liegen. Alle Verletzten wurden in Droschken sofort nach der Rettungswache gebracht. Wie das Unglück geschehen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. Möglich ist jedoch, daß durch die beim Fahren mit den Lotwies herbeigeführte Erschütterung schließlich eine Stiege, die unter die zur Auflage der Netzeleg dienende Stange gestellt war, umfiel, die Stange unter der großen Last brach und das ganze Gerüst dann in die Tiefe stürzte. — Die „Wagewerks-Ztg.“ schreibt hierzu: „Die Sachverständigen sehen vor einem Mästel. Es wird vermutet, daß sich aber wohl schwerer von unbefugter Hand gelöst worden sind. Wenn nun auch, wie bis jetzt festgestellt werden konnte, ein Verschulden weder den Unternehmer noch den Kollier trifft, so wäre doch vielleicht zu erwägen, ob für künftige nicht als Wahnbrüder die Lotwies Balken mit darüber gelegten Wöhlen zur Verwendung gelangen könnten, welche unabhängig von der darunter befindlichen, oben beschriebenen Stützung die Transporteile aufnehmen können.“

Bromberg. Am 15. Oktober d. J., zwischen 1 bis 2 Uhr, stürzte der Maurermeister Wilhelm Geister vom Bau Viktoriastraße 15 beim Mästelbau ab. Als er von einer fertigen Mästel einen Netzeleg heranzog, der bei der neuen Mästel Verbindung finden sollte, brach eine Letztstiege und Geister stürzte bis in den Keller. Die Träger vom Keller waren nicht abgedeckt. Der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen, daß er mittels Droschke auf Kaufe gefahren werden mußte. Bauarbeiterfürsorge wie auch Bauhandwerk sind auf dem Bau nicht vorhanden. Die Maurerarbeiten führt Bauunternehmer Dods zu Bau-Beitl aus.

Fürth. Mittwoch, den 14. Oktober, ereignete sich in der Mosenstraße am Neubau der Markt (Münberg) ein schwerer Unfall, indem ein Gefirnstein von der Mauer auf das Gerüst fiel, einen zweiten Stein und zwei Maurer mit sich riss. Der zweite Stein durchschlug das Gerüst und schlugerte den einen Maurer in die Tiefe. Der Verunglückte erlitt einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen. Nachdem das Unglück geschehen war, suchten die leitenden Personen es ganz gut, wie es zu machen sei, solche Unfälle zu verhindern. Aber vorher die nötigen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu treffen, dazu fehlt es an Zeit.

Perleberg. Auf der Grabhoffen Wandstätte, wo mehrere Maurer und Arbeiter mit Abbrucharbeiten beschäftigt sind, stürzte am 13. Oktober ein Kellergewölbe ein, wodurch ein Maurerleibhaftig getötet und vier andere Arbeiter schwer verletzt wurden. Das Unglück wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn den Arbeitern eine Baubude zur Verfügung gestanden hätte. Weil die Bude fehlte, wurde das alte Kellergewölbe als Geschütz- und Unterschutzraum benutzt, ohne daß es jemand eingestiegen ist (die Bauleitung wäre dazu verpflichtet gewesen), das Gewölbe auf seine Sicherheit zu untersuchen oder geeignete Vorkehrungen zur Abwendung von Gefahr zu treffen. Der anstehende und heftige Regen der letzten Tage hat dann dem morschen Mauerwerk den Rest gegeben und die Katastrophe herbei-





